

Änderungsantrag

der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dorothee Menzner, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 07 wird der Titel 542 31 „Öffentlichkeitsarbeit“ um 2,427 Mio. Euro auf 2,269 Mio. Euro abgesenkt.

In Kapitel 16 07 wird der Titel 686 31 „Zuweisung zum Salzgitterfonds“ um 700 000 Euro auf 0 Euro abgesenkt.

In Kapitel 16 07 wird der Titel 712 32 „Projekt Schacht Konrad“ um 148,9 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro abgesenkt.

In Kapitel 16 07 wird der Titel 712 33 „Projekt Gorleben“ um 48 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro abgesenkt.

In Kapitel 16 07 wird der Titel 712 35 „Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle“ um 1,5 Mio. Euro auf 5 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 21. November 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Es gibt bislang kein funktionierendes Konzept für die sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle. Sowohl der Salzstock Gorleben, die Bergwerke Asse und Morsleben als auch der Schacht Konrad sind nicht geeignet für die Endlagerung radioaktiver Abfälle und wurden nicht unter dem Gesichtspunkt bestmöglicher wissenschaftlicher Kriterien ausgewählt. Um das Risiko der Kontamination der Biosphäre in der Zukunft durch radioaktive Stoffe so gering wie möglich zu halten und um unserer Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen gerecht zu werden und um endlich öffentliche Beteiligung und Vertrauen in die Bemühungen der sicheren Atommüllverwahrung herzustellen, ist ein völlig neuer Diskussions-, Such- und Auswahlprozess nötig. Deshalb muss ein transparentes und gerichtlich nachprüfbares Such- und Auswahlverfahren für eine Verwahrungsstätte radioaktiver Abfälle vorbereitet werden. Um den Anfall weiteren radioaktiven Mülls zu beschränken, ist unverzüglich und unumkehrbar aus der Atomkraft auszusteigen.

Ein neuer Auswahlprozess beginnt damit, dass die Erkundungs- bzw. Ausbauarbeiten in Gorleben und im Schacht Konrad beendet werden und diese Bergwerke stillgelegt bzw. einer ökologisch unbedenklichen Nutzung überführt werden. Die Fraktion DIE LINKE. lehnt beide Bergwerke als Endlager für radioaktive Stoffe ab. Haushaltsmittel für beide Bergwerke sollen nur noch für den Erhalt der Grubensicherheit bereitgestellt werden. Somit können die Titel 712 33-342 und 712 32-342 um insgesamt fast 200 Mio. Euro abgesenkt werden. Anstatt diese Mittel in für die Endlagerung radioaktiver Abfälle offenkundig nicht geeignete Bergwerke zu investieren, sollen sie stattdessen anteilig der sofortigen Aufnahme eines völlig neuen Auswahlverfahrens für ein neues Verwahrungskonzept gewidmet werden. Dementsprechend werden im Titel 712 31-013 die Infostelle Schacht Konrad und die Infostelle Gorleben nicht benötigt und können komplett aus dem Ansatz gestrichen werden. Die Zuweisungen zum „Salzgitterfonds“ in Titel 686 31-342 werden ebenfalls obsolet. Die Einrichtung eines Salzgitterfonds verwundert ohnehin, da das Endlager Schacht Konrad nach Ansicht des Betreibers und der Aufsichtsbehörde so „ungefährlich“ ist, dass es nicht einmal eines Katastrophenplans bedarf – wozu dann dieser hohe Lastenausgleich für die Region?

Der Beginn eines neuen Suchverfahrens muss in der Atommüllfrage erstrangig behandelt werden. Dafür sollen für das Jahr 2012 Mittel im Umfang von 5 Mio. Euro bereitgestellt werden.